IHK Rhein-Neckar

Protokoll der mitglieder-öffentlichen Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar in Mannheim am Mittwoch, 16. September 2026, 16:00 Uhr

IHK Rhein-Neckar · Haus der Wirtschaft Mannheim
Saal Mannheim · 1. OG · L 1, 2 · 68161 Mannheim

Tagesordnung

B = Beschluss, I = Information

TOP	Thema	B/I
1	Begrüßung und aktuelle Themen des Präsidenten und des Hauptgeschäfts-führers	I
2	Status Quo und Ausblick IHK Rhein-Neckar	I
3	Aktuelle Themen der Geschäftsführung	
4	Kooptation in die Vollversammlung: Wahlgruppe Industrie, Wahlbezirk Stadtkreis Mannheim	B
5	Neue hoheitliche Aufgabe Darlehensvermittler nach § 34k GewO - Änderung des Gebührentarifs	B
6	Verkehrssituation in der MRN	I
7	EU-Industrial Accelerator Act	I
8	Wirtschaftspolitische Lage und aktuelle Viertelstunde	I
9	Sonstiges	

TOP 1 Begrüßung und aktuelle Themen des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Begrüßung

Präsident Schnabel eröffnet die dritte Sitzung der Vollversammlung im Jahr 2026 um 16:05 Uhr und begrüßt die anwesenden Mitglieder und Ehrenmitglieder von Präsidium und Vollversammlung, die Vorstandsmitglieder und Vertreter der Wirtschaftsjunioren Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg sowie die anwesenden Gäste der Vollversammlung.

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Vollversammlung sind 43 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung wird festgestellt (§ 5 Abs. 4 Satz 1 der Satzung). Im Laufe der Sitzung kommen weitere Mitglieder hinzu.

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde fristgerecht per E-Mail am 8. September 2026 zugesandt. Gegen die fristgerecht versandte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Aktuelle Themen des Präsidenten

Präsident Schnabel geht auf die gelungene Veranstaltung zur Verabschiedung des Hauptgeschäftsführers Dr. Axel Nitschke am 29. Juni 2026 ein. Es sei eine besondere Ehre gewesen, dass der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer Peter Adrian anwesend war und den Festvortrag hielt.

Präsident Schnabel berichtet vom Treffen der Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der vier in der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) liegenden IHKs (Rhein-Neckar, Pfalz, Darmstadt Rhein Main Neckar und Rheinhessen) am 7. Juli 2026 in Mannheim. Es sei insbesondere darum gegangen, zusammen mit dem als Gast anwesenden Verbandsvorsitzenden, dem Mannheimer OB Christian Specht, die künftige Zusammenarbeit und die wichtigsten anstehenden Projekte zu besprechen. Schwerpunktthemen seien insbesondere die Verkehrsinfrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung der Region gewesen.

Präsident Schnabel informiert über den Besuch von Marie-Sophie Christ, der neuen Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Brüssel für den Bereich Nordbaden. Mit Frau Christ, der Nachfolgerin des langjährigen Europa-Abgeordneten Daniel Caspary, habe man insbesondere das Problem der überbordenden EU-Bürokratie und die Notwendigkeit des Abbaus von Regulatorik diskutiert.

Präsident Schnabel erläutert die aktuellen Ausbildungszahlen, die den Medien in einer Pressekonferenz am 14. September 2026 vorgestellt wurden.

Er legt dar, dass es aktuell bundesweit ca. 1,2 Mio. Auszubildende gebe. 28 % hiervon unterfallen den Handwerkskammern und 57 % gehören zur Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammern. Die IHK-Auszubildenden teilen sich hierbei zu 38 % auf die kaufmännischen IHK-Berufe und zu 19 % auf die gewerblich-technischen IHK-Berufe auf.

Im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar musste zum Stichtag 31. August 2026 im Hinblick auf die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr bedauerlicherweise ein Minus von 10 % festgestellt werden. Die neuen Ausbildungsverträge in den kaufmännischen Berufen sind hierbei um 11,9 %, die neuen Ausbildungsverträge in den gewerblich-technischen Berufen um 6,4 % zurückgegangen.

Präsident Schnabel nennt hierfür zwei zentrale Gründe.

Zum einen bildeten die Betriebe nicht aus, weil die wirtschaftliche Lage schwach und die Erwartungen für die nächsten vier Jahre, dem regelmäßigen Zeitraum einer jetzt beginnenden Ausbildung, negativ seien.

Zum anderen gebe es negative Effekte der Einzug haltenden Künstlichen Intelligenz. Die Betriebe gingen davon aus, dass zukünftig bestimmte Berufe und Tätigkeiten durch KI (teilweise) ersetzt und deshalb weniger Arbeitskräfte benötigt würden.

Die Duale Ausbildung gerate insoweit in doppelter Hinsicht unter Druck.

Die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge habe im Jahr 2023 einen Höhepunkt erreicht und sei seitdem konstant zurückgegangen. Während die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge am 31. August 2023 bei insgesamt 3.771 lag, lag sie zum 31. August 2026 bei insgesamt 3.124.

Zum 31. August 2026 lag ferner die Zahl der gemeldeten Bewerber erstmals über der Zahl der unbesetzten Stellen. Passungsprobleme (die Bewerber erfüllen nicht die gestellten Anforderungen) und die negative demographische Entwicklung (es gibt in bestimmten Bereichen nach wie vor wenige Bewerber) machten den Betrieben insoweit zu schaffen.

Präsident Schnabel kündigt an, dass sich die IHK Rhein-Neckar vor diesem Hintergrund noch intensiver für bessere Rahmenbedingungen für die Duale Ausbildung einsetzen werde. Hierzu gehörten ein leistungsstarkes Bildungssystem, eine gute Infrastruktur und moderne, gut ausgestattete Berufsschulen.

Aktuelle Themen des Hauptgeschäftsführers

Hauptgeschäftsführer Mathias Grimm informiert über sein Treffen mit den Landtagsabgeordneten der Grünen aus dem Bezirk der IHK Rhein-Neckar. Wichtige Themen wie die rasche

Umsetzung des Koalitionsvertrages, vor allem der notwendige Abbau von Dokumentations- und Berichtspflichten seien angesprochen worden. Obwohl bei einigen Themen, wie zum Beispiel dem Verkehr, kein Konsens erzielt worden sei, sei eine wichtige erste Vertrauensbasis für weiteren Austausch geschaffen worden.

TOP 2 Status Quo und Ausblick IHK Rhein-Neckar

Präsident Schnabel legt dar, dass es im Hinblick auf die Struktur der IHK Rhein-Neckar sein Ziel sei, Hierarchien abzubauen. So gehe es für ihn u. a. darum, die Zahl der Geschäftsführer innerhalb der IHK Rhein-Neckar zu reduzieren. Er bittet Herrn Grimm darum, das neue IHK-Organigramm vorzustellen.

Herr Grimm erläutert das neue, ab Sommer 2026 gültige IHK-Organigramm und nennt im Einzelnen folgende Veränderungen und Umstrukturierungen:

- In der neuen Struktur gibt es einen Hauptgeschäftsführer und neun Geschäftsbereiche, die von neun Geschäftsbereichsleitern geführt werden. Nur noch drei dieser Geschäftsbereichsleiter tragen den Titel Geschäftsführer. Dies sind Andreas Kempff als Standortleiter in Heidelberg, Dr. Andreas Hildenbrand als Standortleiter in Mosbach sowie Matthias Kruse.

- Infolge der Aufteilung des alten Geschäftsbereichs 6 wurden zwei neue Geschäftsbereiche geschaffen. Zum einen der Geschäftsbereich „Finanzen und Beitrag“ (=GB 6) unter der Leitung von Susanne Kochendörfer. Zum anderen der Geschäftsbereich „Facility Management und Digitale Services“ (=GB 9) unter der Leitung von Cay Krapf.

- Der Geschäftsbereich 5 „Berufliche Ausbildung“ erhielt mit Mansur Müller-Brockhausen nicht nur einen neuen Leiter, sondern wurde auch inhaltlich und strukturell neu aufgestellt.

- Der Bereich „Personal und Organisation“ mit der neuen Leiterin Ariane Lunkenbein wurde in die Stabsabteilung des Hauptgeschäftsführers integriert. Personal und Organisation seien und blieben damit Chefsache.

Herr Grimm legt die Aufgabenfelder der IHK Rhein-Neckar dar. Dies sind

- **Interessenvertretung**
- **Hoheitliche Aufgaben**
- **Dienstleistungen für Mitgliedsbetriebe**

Er erläutert jeweils den Status Quo (Wo stehen wir?) und nennt bestehende Herausforderungen und geplante Projekte.

Im Einzelnen führt Herr Grimm u. a. Folgendes aus:

- Die sehr gute und erfolgreiche Interessenvertretung als Kernaufgabe einer IHK beruhe auf einem starken, motivierten und professionell agierenden Ehrenamt. Insbesondere der Präsident leiste hier hervorragende Arbeit. Als Erfolge nennt Herr Grimm beispielhaft die Verhinderung einer Lkw-Maut auf Landesebene sowie die Vermeidung einer Arbeitgeberabgabe zur Finanzierung des ÖPNV. Es gehe auch zukünftig darum, durch die Einholung von wissenschaftlichen Studien wie der Stromstudie und der Resilienzstudie Fakten und Konsequenzen aus Sicht der regionalen Wirtschaft aufzuzeigen und damit fruchtbare Diskussionen in Gesellschaft und Politik anzustoßen.

- Die IHK erhalte immer wieder neue hoheitliche Aufgaben zugewiesen, weil sie die Aufgaben im Sinne der Wirtschaft und der sonstigen Beteiligten gut und erfolgreich erledige. Als Herausforderung nennt Herr Grimm die Gewinnung von Nachwuchs bei Prüfern und Sachverständigen. Die IHK sei auf ehrenamtliche Prüfer angewiesen, könnte die Prüfungen ohne deren Engagement nicht durchführen. Da die starken Jahrgänge der Babyboomer aktuell und in den nächsten Jahren aus dem Berufsleben und den Prüfungsausschüssen ausscheiden, sei es notwendig, Ersatzkräfte zu finden. Herr Grimm wirbt vor diesem Hintergrund bei den Mitgliedern der Vollversammlung dafür, sich in Prüfungsausschüssen zu engagieren.

- Im Hinblick auf die Dienstleistungen für die Mitgliedsbetriebe kündigt Herr Grimm an, die digitale Transformation und die technische Optimierung der Prozesse voranzutreiben. Allerdings gehe es bei aller technischen Effizienz und trotz des Siegeszugs der KI nach wie vor bzw. mehr denn je auch darum, den Mitgliedsbetrieben und Kunden persönliche Beratung durch Menschen anbieten zu können.

- Als positive wirtschaftliche Aspekte und Erfolgsfaktoren der IHK Rhein-Neckar nennt Herr Grimm folgende Punkte:

    - Solide Finanzen, insbesondere seit 2012 ein stabiler Umlagesatz von 0,12 %
    - Diversifizierung der Einnahmen (die Beitragseinnahmen machen im Jahr 2025 nur noch 60 % der Gesamteinnahmen aus)
    - Guter Zustand der IHK-Gebäude (durch konsequente Sanierung, Modernisierung und Instandhaltung in den letzten Jahren ist alles auf Stand)
    - Ausgeglichene, zukunftsfähige Personalstruktur

TOP 3 Aktuelle Themen der Geschäftsführung

Susanne Kochendörfer, neue Leiterin des Geschäftsbereichs Finanzen und Beitrag, Mansur Müller-Brockhausen, neuer Leiter des Geschäftsbereichs Berufliche Ausbildung, und Cay Krapf, neuer Leiter des Geschäftsbereichs Facility Management und Digitale Services, stellen sich den Mitgliedern der Vollversammlung vor.

Mario Klein, Leiter des Geschäftsbereichs Verkehr, Handel und Stadtentwicklung, berichtet den Mitgliedern der Vollversammlung, dass seit August 2026 die Sachkundeprüfung für Berufskraftfahrer nicht nur in deutscher Sprache, sondern in weiteren zehn Sprachen abgelegt werden kann. Hierzu gehören beispielsweise Polnisch, Rumänisch, Türkisch und Ukrainisch. Die IHK-Organisation trage insoweit den tatsächlichen Gegebenheiten auf dem Markt für Berufskraftfahrer Rechnung.

TOP 4 Kooptation in die Vollversammlung: Wahlgruppe Industrie, Wahlbezirk Stadtkreis Mannheim

Präsident Schnabel weist darauf hin, dass Jürgen Britzius ruhestandsbedingt als Betriebsleiter und Sprecher der Niederlassung der Siemens AG in Mannheim ausgeschieden ist. Herr Britzius hat mit Wirkung zum 15. September 2026 auch sein Amt in der Vollversammlung niedergelegt, womit seine Mitgliedschaft in der Vollversammlung beendet ist.

Präsident Schnabel erläutert, dass Herr Britzius der Vollversammlung in der Wahlgruppe Industrie im Wahlbezirk Stadtkreis Mannheim angehört hat. Für diese Wahlgruppe und diesen Wahlbezirk stehe aus der Vollversammlungswahl aus dem Sommer 2025 kein Nachfolgekandidat zur Verfügung. Dies mache eine Zuwahl/Kooptation erforderlich.

Präsident Schnabel schlägt im Namen des Präsidiums vor, Carsten Koch, Betriebsleiter und Sprecher der Niederlassung der Siemens AG in Mannheim und besonders bestellter Bevollmächtigter der Siemens AG, im Wege der Kooptation in die Vollversammlung zu berufen.

Herr Koch stellt sich den Mitgliedern der Vollversammlung persönlich vor.

Herr Koch verlässt vor dem Hintergrund der anstehenden Abstimmung über die Kooptation den Saal.

Präsident Schnabel schlägt vor, dass die Abstimmung über die Kooptation in offener Wahl erfolgt.

Der Beschlussvorschlag lautet:

> **Die Vollversammlung beschließt, dass über die vorgeschlagene Kooptation von Herrn Carsten Koch offen, also per Handzeichen abgestimmt wird.**

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig, ohne Gegenstimme und ohne Stimmenthaltung angenommen.

Präsident Schnabel leitet zur eigentlichen Wahl von Herrn Koch mittels Kooptation über.

Der Beschlussvorschlag lautet:

> **Die Vollversammlung beschließt, Herrn Carsten Koch, besonders bestellter Bevollmächtigter der Siemens AG in Mannheim, für die Wahlgruppe Industrie im Wahlbezirk Stadtkreis Mannheim in die Vollversammlung der IHK Rhein-Neckar zu kooptieren.**

Der Beschlussvorschlag wird einstimmig, ohne Gegenstimme und ohne Stimmenthaltung angenommen.

Herr Koch nimmt die Wahl an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

TOP 5 Neue hoheitliche Aufgabe Darlehensvermittler nach § 34k GewO
- **Änderung des Gebührentarifs**

Petra Hörmann, Leiterin des Bereichs Dienstleistungsgewerbe, erläutert, dass im Zuge der Umsetzung der EU-Richtlinie über Verbraucherkreditverträge die Vermittler von Verbraucherdarlehen eine Gewerbeerlaubnis, eine Registrierung im Vermittlerregister sowie eine Sachkundeprüfung benötigen. Die Umsetzung dieser neuen gesetzlichen Vorschriften wurde den Industrie- und Handelskammern übertragen. Zur Deckung des bei der IHK entstehenden Aufwands für diese hoheitlichen Aufgaben werden Gebühren erhoben. Der Gebührentarif ist deshalb durch entsprechende Gebührentatbestände zu ergänzen.

Der Beschlussvorschlag lautet:

> **Die Vollversammlung beschließt die Änderung des Gebührentarifs im Abschnitt C durch Ergänzung der Ziffer 6 (Darlehensvermittler) betreffend die Umsetzung der neuen rechtlichen Vorgaben für Darlehensvermittler wie mit Anlage 2 zu TOP 5 vorgelegt.**

Der Beschlussvorschlag wird ohne Gegenstimme und mit einer Stimmenthaltung, ansonsten einstimmig angenommen.

TOP 6 Verkehrssituation in der MRN

Herr Klein erläutert die Folgen des extremen Niedrigwassers im Sommer 2026. Er legt dar, dass der Wasserpegel des Rheins bei am Mittelrhein zeitweise nur wenige Zentimeter betragen hat und dass bis zu 80 % geringere Gütermengen auf dem Rhein transportiert werden konnten. Er führt aus, dass ein dauerhaftes Niedrigwasser zu 25 % weniger Ware auf der Wasserstraße führt, was ein fehlendes Volumen von 3.000.000 t bedeutet. Dies entspricht ca. 120.000 Lkw-Ladungen.

Die Forderungen der IHK bestehen darin, die Vertiefung der Fahrrinne am Mittelrhein endlich umzusetzen, die Engpässe auf der Wasserstraße zu beseitigen und Straßen, Brücken und

Schienen nachhaltig und konsequent zu sanieren, um funktionsfähige anderweitige Verkehrsträger zu haben.

Herr Klein führt aus, dass die befristete Aufhebung des Sonntagsfahrverbotes zur Linderung der Folgen des extremen Niedrigwassers nur einen geringen, kaum messbaren positiven Effekt gehabt habe. Dies habe u. a. am Mangel an Lkw-Fahrern, den fehlenden Möglichkeiten des Be- und Entladens am Sonntag und des Fehlens der erforderlichen Spezialfahrzeuge gelegen.

Die durch Niedrigwasser wegfallenden Transportkapazitäten könnten letztendlich nicht ausgeglichen werden.

Präsident Schnabel erläutert den Zustand der gesamten Brücken-Infrastruktur in Deutschland und Baden-Württemberg. Er legt dar, dass viele Brücken in einem schlechten Zustand sind und nicht mehr die erforderliche Traglast aufweisen.

Er geht auf die Vollsperrung der Kurt-Schumacher-Brücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen seit 5. August 2026 ein und erläutert die erheblichen negativen Konsequenzen für die Metropolregion Rhein-Neckar.

Präsident Schnabel zeigt die Geschichte der Brücken-Rheinquerungen auf. Als seit Jahrzehnten bestehende Grundprobleme nennt er, dass die beiden bestehenden Brücken, die Konrad-Adenauer-Brücke und die Kurt-Schumacher-Brücke, für den rheinquerenden Verkehr eine zu geringe Kapazität hätten und der Ost-West-Verkehr durch die Innenstädte von Mannheim und Ludwigshafen führe. Trotz einer Vielzahl negativer Prüfberichte über den Zustand der Brücken hätten die zuständigen Stellen nicht rechtzeitig gegengesteuert.

Präsident Schnabel äußert im Namen der Wirtschaft seinen Unmut über die eingetretene Situation. Für die Wirtschaft fordert er mit Nachdruck, dass die Sicherung der rheinquerenden Verkehrsverbindungen Chefsache sein müsse, dass das Verkehrsmanagement verbessert werden und insbesondere die Sanierung der Kurt-Schumacher-Brücke jetzt vorgezogen werden müsse. Die Tieferlegung der Hochstraße Nord und die Sanierung der Kurt-Schumacher-Brücke müssten auf jeden Fall gleichzeitig erfolgen, um die Gesamtdauer der Sanierung zu reduzieren. Es müsse unter allen Umständen verhindert werden, dass erst nach der Tieferlegung der Hochstraße-Nord in Ludwigshafen mit der Sanierung der Kurt-Schumacher-Brücke begonnen werde. Eine solche Verzögerung sei der Wirtschaft der Region nicht zumutbar.

TOP 7 EU-Industrial Accelerator Act

Andreas Kempff, Leiter des Geschäftsbereichs Industrie, Dienstleistungsgewerbe und Unternehmensförderung, und Matthias Kruse, Leiter des Geschäftsbereichs International, stellen den Mitgliedern der Vollversammlung den Industrial Accelerator Act (=IAA) der EU-Kommission vor.

Als Ausgangspunkt des IAA nennt Herr Kempff den sogenannten Draghi-Report vom 9. September 2024. In diesem Report hatte der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank EZB, Mario Draghi, die europäische Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere im Vergleich zu den USA und China, untersucht und bewertet.

Der Draghi-Report war zu dem Ergebnis gekommen, dass Europa gegenüber den USA und China im Hinblick auf Produktivität, Technologie, Industrie und Investitionen zurückfalle. Die Energiekosten seien zu hoch, die Genehmigungsverfahren zu komplex und die industrielle Wertschöpfung in Europa insgesamt rückläufig.

Als strategische Handlungsempfehlungen und Forderungen des Draghi-Berichts werden u. a. folgende Punkte genannt:

- Schnellere Genehmigungs- und Zulassungsverfahren
- Eine aktivere europäische Industriepolitik, vor allem mehr Investitionen in strategische Industrien
- Stärkere Resilienz von Lieferketten
- Geringere Abhängigkeiten von Drittstaaten

Herr Kempff erläutert, dass der Industrial Accelerator Act nun ein zentrales legislatives Instrument der EU-Kommission sei, um die Empfehlungen und Forderungen des Draghi-Reports umzusetzen. Es solle insbesondere erreicht werden, dass Europa im globalen Wettbewerb mit den USA und China gestärkt wird, die industrielle Produktion und Investition in Europa gehalten werden kann und die europäische Industrie insgesamt wettbewerbsfähiger, widerstandsfähiger und klimafreundlicher gemacht wird.

Herr Kruse und Herr Kempff erläutern die Relevanz des IAA für Unternehmen nach seiner zu erwartenden Verabschiedung:

1. <u>Beschleunigte behördliche Genehmigungen</u>
   Durch kürzere Entscheider-Fristen für die Genehmigungsbehörden sollen Genehmigungen beschleunigt werden. Herr Kempff weist jedoch darauf hin, dass die im IAA-Entwurf vorgeschlagenen Genehmigungsfristen teils länger als die in Deutschland aktuell vorgegebenen Fristen seien. Ziel müsse deshalb die Übernahme der kürzeren nationalen deutschen Fristen in den Entwurf sein.

2. <u>Digitalisieren der Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden</u>
   Die EU plant dafür eine digitale Identitäts- und Datentasche für Unternehmen, die European Business Wallet. Herr Kruse erläutert, dass die EU mit der Wallet das Once-Only-Prinzip bei Genehmigungsanträgen europaweit einführen wolle. Unternehmen sollen dank der Wallet künftig nur noch einmal Dokumente und Daten für Genehmigungen eingeben. Anschließend sollen sich Genehmigungsbehörden die entsprechenden Daten und Dokumente für neue Genehmigungen aus der Wallet abrufen, ohne sie nochmals vom beantragenden Unternehmen anzufordern.

3. Öffentliche Aufträge
   Herr Kruse erläutert, dass spätestens ab 1. Januar 2029 bei europaweiten Vergaben öffentlicher Aufträge zum Ausbau/Erhalt öffentlicher Gebäude und Infrastruktur sowie bei der Anschaffung von Fahrzeugen zusätzliche Vergabekriterien gelten sollen. Laut Kommissionsvorschlag müssten künftig mindestens 25 % des Stahl- bzw. Aluminiumanteils in hauptsächlich aus Stahl bzw. Aluminium bestehenden Produkten "kohlenstoffarm" und EU-Ursprungs sein. Bislang sei nicht definiert, was "kohlenstoffarm" bedeute. Bei der Herkunftsvorgabe reiche die Diskussion von "Made in Europe" bis "Made with Europe", also von produziert nur in einem der 27 EU-Mitgliedsstaaten bis hin zu produziert auch in Partnerländern, mit denen Handelsabkommen bestehen oder die auch europäischen Unternehmen Zugang zu ihren öffentlichen Beschaffungsmärkten gewähren.

4. Öffentliche Fördermittel
   Alle öffentlichen Fördermittelgeber dürfen ab dem 1. Januar 2029 Fördermittel an Unternehmen und Privathaushalte zum Bau/zur Renovierung von Geschäfts- bzw. Wohnimmobilien bzw. zum Leasing/Kauf von Fahrzeugen ebenfalls nur noch auf Basis von Kohlenstoffarmut und Herkunft vergeben. Herr Kruse erläutert, dass die Vorgaben dabei analog zu denen bei öffentlichen Aufträgen geplant seien.

Herr Kempff erläutert, mit dem IAA finde eine Entwicklung weg von der Marktregulierung hin zu einer aktiven Industriepolitik französischer Prägung statt. Risiken und Gefahren bestünden insbesondere darin, dass Fehlentscheidungen bei der Auswahl von Branchen und konkreter Projekte erfolgen bzw. handelspolitische Gegenmaßnahmen, insbesondere durch China, hervorgerufen werden, wovon die deutsche Industrie besonders stark getroffen werden könnte.

TOP 8 Wirtschaftspolitische Lage und aktuelle Viertelstunde

Präsident Schnabel erläutert die wirtschaftspolitische Lage.

Er geht auf das Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft ein, zeigt die Entwicklung der Industrieproduktion auf und beleuchtet die in Deutschland getätigten Investitionen. Die stark angestiegene Zahl der Unternehmensinsolvenzen sei besorgniserregend. Er weist darauf hin, dass die Mehrzahl der Betriebsaufgaben nicht auf eine Insolvenz zurückzuführen ist, sondern weil es keinen geeigneten Nachfolger gibt. Er bedauert die sehr hohe Staatsquote von 50,3 % im Jahr 2025. Er äußert sich besorgt über die Schuldenaufnahme in Rekordhöhe in den Jahren 2026-2030. Wenn 35 % der Ausgaben schuldenfinanziert sind, dann könne das nicht gutgeheißen werden.

Präsident Schnabel geht auf den starken Anstieg der Preise für Energie und Nahrungsmittel seit 2020 ein. Er verweist auf den Anstieg des Verbraucherpreisindexes um 26 % seit Januar 2020.

Er warnt vor einem Teufelskreis in der Finanz- und Steuerpolitik dergestalt, dass eine hohe Schuldenaufnahme irgendwann zur Erhöhung von Ertrags-, Verbrauchs- und Substanzsteuern

führen werde. Das Ergebnis hiervon seien weniger Investitionen und weniger Wachstum. So würden hohe Defizite in den öffentlichen Haushalten entstehen, was eine höhere Schuldenaufnahme zur Folge hätte. Diesen Teufelskreis gelte es zu durchbrechen bzw. zu vermeiden.

Die geplanten steuerlichen Entlastungen nennt Präsident Schnabel unzureichend und warnt vor deutlich steigenden Lohnnebenkosten bis zum Jahr 2035.

Präsident Schnabel erläutert die sehr problematische Haushaltssituation der Stadt Mannheim. Er erläutert die Vorgaben des Regierungspräsidiums Karlsruhe für die Stadt Mannheim. Zu diesen Vorgaben und Empfehlungen des Regierungspräsidiums gehören die Überprüfung und der Abbau von freiwilligen Leistungen, eine höhere Effizienz bei der Erledigung der Pflichtaufgaben, insbesondere im Hinblick auf Sachaufwendungen und Personalkosten, sowie die Erhöhung kommunaler Steuern, Gebühren und Abgaben. Eine weitere zusätzliche Belastung der Unternehmen sei jedoch vollumfänglich abzulehnen. Weil schon heute die Stadt Mannheim im Hinblick auf Grundsteuer und Gewerbesteuerhebesatz (Hebesatz in Mannheim von 430 Prozent im Jahre 2025) Bürger und Unternehmen sehr stark belastet.

Präsident Schnabel fordert von der Stadt Mannheim, auf Steuererhöhungen zu verzichten, freiwillige Leistungen zu überprüfen und die Effizienz bei den Pflichtaufgaben zu steigern.

Verschiedene Mitglieder der Vollversammlung äußern sich für ihre Branche zur aktuellen wirtschaftlichen Situation.

Nach Aussage eines Vertreters des Mannheimer Handels gebe es nach wie vor eine große Kaufzurückhaltung der Verbraucher. Die Verkehrssituation und die eingeschränkte Erreichbarkeit der Mannheimer Innenstadt stellten den Handel vor Herausforderungen. Auch monierten viele Kunden Sicherheit und Sauberkeit in Mannheim.

Ein Vertreter der Bauindustrie beklagt, dass bis jetzt wenig von den Sondervermögen bei Unternehmen und Kommunen angekommen sei. Für 2027 sei allenfalls ein leichter Aufschwung zu erwarten, im Wesentlichen getragen von Investitionen der öffentlichen Hand. Problematisch sei nach wie vor, dass Bauen durch übertriebene Standards und überbordende Normierungen zu teuer sei. Hier müsse abgespeckt werden.

Ein Vertreter der Banken erläutert, dass das Baudarlehensgeschäft exakt auf dem Vorjahresniveau liege. Privatkunden würden nicht mehr Dispositionskredit in Anspruch nehmen. Firmen würden indes in höherem Umfang auf Kontokorrentkredite zurückgreifen. Bei Investitionskrediten für Projekte, Maschinen und Ausstattung sei ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Ein Vertreter der Kultur- und Kreativwirtschaft zeichnet ein durchwachsendes Bild. Events und Veranstaltungen liefen zum Teil recht gut, hier wachse auch der Werbemarkt. Das Geschäft in den Bereichen Print und Radio sei rückläufig. Im Bereich Social Media sei demgegenüber ein Anstieg zu verzeichnen. Eine Herausforderung sei die Veränderung des Leistungsportfolios durch den Einsatz von KI.

Ein Vertreter der Industrie äußert die Meinung, dass durch Qualität, Innovation und Nachhaltigkeit die Herausforderungen gemeistert werden könnten. Unternehmer und Mitarbeiter müssten jedoch Leistung und Leistungsbereitschaft zeigen. Wichtig sei auch, dass die Medien insgesamt positiver und optimistischer berichteten.

Ein Vertreter der Sport-Branche berichtet von boomenden Veranstaltungen und sehr motivierten, leistungsbereiten Mitarbeitern.

Ein Vertreter der Transport- und Logistikbranche erläutert, dass aktuell aufgrund der erheblich gestiegenen Kosten Preisanpassungen erfolgen müssten. Engpass sei nach wie vor, dass zu wenige Kapazitäten, insbesondere zu wenige Lkw-Fahrer vorhanden seien. Die Elektromobilität müsse im Hinblick auf Lastkraftwagen noch erhebliche Entwicklungen umsetzen, um konkurrenzfähig zu sein. Noch sei der E-Lkw gegenüber dem Diesel-Lkw erheblich zu teuer.

Tim Barth und Moritz Schäfer von den Wirtschaftsjunioren Heidelberg werben für die Veranstaltung Summit 69 am 10. Oktober 2026 mit einem Impuls zu Leistung, mentaler Stärke und persönlicher Entwicklung und bitten um Teilnahme bzw. Unterstützung.

TOP 9 Sonstiges

Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Präsident Schnabel verweist auf die nächste Sitzung der Vollversammlung am 9. Dezember 2026 im Rosengarten Mannheim und den anschließenden Jahresschlussempfang sowie auf die Termine für das Jahr 2027.

Daneben erinnert Präsident Schnabel an die Neueröffnung der Überbetrieblichen Ausbildungsstätte Buchen (=ÜAB) am 14. Oktober 2026.

Präsident Schnabel schließt die Sitzung um 19:20 Uhr.

Manfred Schnabel	Mathias Grimm	Klaus Seiferlein
Präsident	Hauptgeschäftsführer	Protokollant

Mannheim, 5. Oktober 2026
ks/Dt